

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

10.3.1931 (No. 58)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 955  
und 954  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatanzeiger:  
Chefredakteur  
E. M. S. S. S.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabat, der als Kassenrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Abrechnung und Kontostellenveränderung fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Infertent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckbogen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 6 bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Begnadigung

Das Staatsministerium hat den Landwirt Ernst Schiele aus Kirchbach, der vom Schwurgericht Konstanz am 6. Oktober 1930 wegen Mordes zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt.

### Annahme des Osthilfegesetzes im Reichsrat

#### 2 Milliarden für den Osten

In der Montagtagung des Reichsrats wurde das Osthilfegesetz der Reichsregierung angenommen.

Insgesamt stehen für die Osthilfe einschließlich eines Restes von 40 Millionen 1,97 Milliarden zur Verfügung. Hierzu kommen noch Bürgschaften des Reichs und nichtbezahlbare weitere Entlastungen für die Landwirtschaft. In die allgemeinen Maßnahmen der Osthilfe werden nach dem Gesetz einbezogen die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen und Oberschlesien, ferner die an den Korridor angrenzenden Kreise der Provinz Pommern, Brandenburg und Niederschlesien, einige an der tschechischen Grenze liegenden Kreise Niederschlesiens, sowie die Stadt Breslau.

Die von verschiedenen Seiten verlangte Einbeziehung weiterer Gebiete mußte von der Reichsregierung aus finanziellen Gründen abgelehnt werden. Die Reichsregierung hat aber in einer zu Protokoll gegebenen Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß auch noch andere Gebiete, zum Beispiel das bayerische östliche Grenzgebiet, als kulturell bedrängte Grenzregionen anzusehen sind, und daß auch ihnen nach Möglichkeit Osthilfeleistung zuteil werden muß.

In der der Abstimmung vorausgegangenen Aussprache über das Osthilfegesetz erklärte der Vertreter der Rheinprovinz, daß die Westgebiete froh sein würden, wenn das Reich ihnen ein ähnliches Hilfswerk zugute kommen ließe wie das Osthilfegesetz. Er stimmte aber der Vorlage zu, nachdem ein Regierungsabgeordneter die frühere Erklärung der Reichsregierung über Sicherung der 10 Millionen für das Rheinland beim Kriegslastenetat bestätigt hatte.

Aus der Aussprache ist noch bemerkenswert, daß Frhr. von Gagl, der Vertreter der Provinz Ostpreußen, meinte, das Gesetz biete nicht die Möglichkeit, die in Ostpreußen bestehende große Not zu beheben. Er könne die Verantwortung für dieses Gesetz vor seiner Heimatprovinz nicht tragen. Da er aber auch nicht gegen ein Gesetz stimmen wolle, das wenigstens einige Hilfe bringe, werde er sich der Stimme enthalten. Ähnlich sprach für die Provinz Brandenburg Frhr. von Danneberg.

Gesandter Nebelthau (Bremen) beantragte hierauf, mit Rücksicht auf die Erklärungen von Ostpreußen und Brandenburg, die Abstimmung zu vertagen. Diese ablehnenden Erklärungen stellen alle Länder vor die Frage, ob dieses Gesetz, das die Allgemeinheit sehr schwer belastet, angenommen werden könne, wenn die zunächst beteiligten Provinzen es ablehnten.

Der preussische Staatssekretär Dr. Weismann, entgegnete, er habe volles Verständnis für die Gefühle des Vertreters von Bremen, die von den Vertretern vieler Länder geteilt würden. Eigentlich sei das ganze Deutsche Reich doch heute in Notgefahr. Trotz der verständlichen Erregung wegen der Erklärungen der Vertreter von Ostpreußen und Brandenburg bitte er den Vertreter Bremens doch, seinen Antrag zurückzugeben, weil sonst die Gefahr bestehe, daß vielleicht der Reichstag gar nicht mehr in die Lage komme, vor der Osterpause die Osthilfe zu verabschieden. Reichsminister Treviranus schloß sich dieser Bitte an.

Der Gesandte Bremens zog daraufhin seinen Vertagungsantrag zurück.

Der Vertreter Ostpreußens, Frhr. von Gagl, erklärte noch, seine Stellungnahme bedeute keine Kritik an der Reichsregierung oder an anderen Stellen, deren guten Willen er voll auf anerkenne, sondern nur eine Demonstration der ungeheuren Not in Ostpreußen.

### Davieser Stimmen zur Seiner-Rede

#### Beleuchtungen der Reichspresse

W.D. Paris, 10. März. (Tel.) Das nationalistische „Echo de Paris“ beschäftigt sich mit den gestrigen Ausführungen des Reichswehrministers und schreibt, General Seiner habe sich zwar des Wortes „Lüge“ nicht bedient, aber er habe mit größtem Nachdruck die künftigen Behauptungen Maginots in der französischen Kammer als unwahr bezeichnet.

Während der rechtsstehende „Figaro“ die Äußerungen Seiners, daß die Versäufelung des alleinigen Kriegsschuld Deutschlands durch die Geschichtsforschung längst widerlegt sei, als unwahre Behauptung bezeichnet, erklärt die gleichfalls rechtsstehende „L'Ordre“, nachdem auch Gröner auf das Urteil einer internationalen Konferenz zur Entscheidung der Kriegsschuldfrage eingewirkt habe, müsse man wohl irgendwelche politische Demarche in diesem Sinne erwarten. Deutschland werde diesmal den Stier bei den Hörnern. Deutschland wolle sich von der Schuld reinwaschen, nicht um der Rehabilitierung selbst willen, sondern, weil alle Klauseln des Versailler Vertrages zusammenbrechen würden, sobald die Schuld Deutschlands als nicht vorhanden anerkannt oder auch nur in Zweifel gezogen werde. Alle diese internationalen Akte würden also von diesem Augenblick an der Revision unterliegen.

### Letzte Nachrichten

#### Der Wehretat im Haushaltsausschuß

##### Keine sozialdemokratischen Anträge

W.D. Berlin, 10. März. (Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstags begann am heutigen Dienstag die Einzelberatung des Haushalts des Wehrministeriums. Die Sozialdemokraten haben auf jede Antragsstellung verzichtet. Es ist daher die unveränderte Annahme des Etats im Ausschuß zu erwarten. Es liegen überhaupt nur von den Kommunisten Anträge vor, die allerdings ein umfangreiches Streichungsprogramm eingebracht haben, das für Heer und Marine nicht weniger als 250 Einzelanträge umfaßt. Hierzu kommen noch etwa 50 Entschärfungen, die von den Kommunisten beantragt sind.

Zu Beginn der Einzelberatung wurde ein kommunistischer Antrag, die Übertragbarkeit der Etatsmittel nicht zuzulassen, gegen die Antragsteller abgelehnt, desgleichen ein kommunistischer Antrag auf Streichung des Ministergehaltes. Angenommen wurde ein Antrag, daß der Bericht des Sparkommissärs über die Prüfung der Verwaltung der Reichswehr dem Ausschuß vorgelegt werden soll. Angenommen wurde unter Zustimmung des Reichswehrministers ein Antrag, wonach Angehörigen des Reichsheeres und der Marine nicht als Ersatz für Streifen oder ausgesperrte Arbeiter verwendet werden dürfen. Abg. Dr. Leber (S.) fragte dann über die Art, wie die Einstellung des Soldatenmarchwuchses in der Reichswehr erfolge. Hierzu erklärte Reichswehrminister Dr. Gröner, daß durch ständige in vielen Fällen von ihm selbst vorgenommenen Prüfung die Garantie gegeben sei, daß sowohl der Offiziers- wie auch der Mannschaftenersatz auf unparteiische und nur die persönliche Eignung prüfende Weise geschehe.

Abg. Erings (Z.) hat darum, daß der Minister immer wieder den Truppenkommandeuren die unparteiische Auswahl des Mannschaftenersatzes ans Herz legen solle.

Angenommen wurde eine kommunistische Entschärfung, worin die Reichsregierung ersucht wird, bis spätestens zur Dritten Lesung eine spezialisierte Übersicht über die Zahl der bei der Reichswehr beschäftigten Arbeiter vorzulegen einschließlich einer Darstellung ihrer gegenwärtigen Lohnverhältnisse.

W.D. Berlin, 10. März. (Priv.-Tel.) Zu der Rede des Reichswehrministers und zu der anschließenden Wehretat im Ausschuß schreibt die „Voss. Ztg.“: So politisch wie gestern bei der Beratung des Wehretats ist Gröner uns noch nie gekommen. Aber die jüngste Rede des französischen Kriegsministers Maginot mußte den deutschen Reichswehrminister auf den Plan rufen. Auch die „D.Z.“ bezeichnet die Einheitsfront in der Abrüstungsfrage als begrüßenswert. Es lasse sich nicht mehr leugnen und nicht mehr aus der Welt schaffen, daß beispielsweise auch die Sozialdemokratie sich mit der Wehrpolitik als Ganzem einverstanden erklärt habe. Gröner habe es verstanden, auch die eigentlichen Staatsfragen in die große Linie einzufügen, keine Konfessionen auf Kosten des Landes zu machen. Der „Tag“ stellt in den Vordergrund, daß über allen anderen Erwägungen für Deutschland die Gewährleistung der deutschen Sicherheit stehen müsse. Wie die Dinge heute lägen, bedeute die Waffenlosigkeit Deutschlands im Herzen Europas nur einen Anreiz zu neuen Kriegen.

### Zollvorlage im Reichsrat

W.D. Berlin, 10. März. (Tel.) Nachdem der Reichsrat am Montag die Osthilfe verabschiedet hat, werden die Ausschüsse morgen sofort mit der Beratung der Zollnovelle beginnen. Gleichzeitig wird auch über die Reichstagsbeschlüsse über Gefrierfleisch-Einfuhr und Brotgesetz beraten werden. Die Plenarsitzung des Reichsrats, in der diese Dinge gemeinsam erledigt werden sollen, ist bereits für Donnerstag nachmittags eiderufen worden.

### Vor der Veröffentlichung der Flottenvereinbarungen

W.D. London, 10. März. (Tel.) Den Blättern zufolge werden die englisch-französisch-italienischen Flottenvereinbarungen morgen in Form eines Auszuges veröffentlicht werden. Nachmittags wird der Erste Lord der Admiralität bei Erörterung des Marineetat's im Unterhaus Erklärungen dazu geben.

### Kürzung der Beamtengehälter in Polen?

W.D. Warschau, 10. März. (Tel.) Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit einer im Senat abgegebenen Erklärung des Leiters des Finanzministeriums, Oberst Matuschewski, wonach das Defizit im laufenden Finanzjahr 1930/31 50 Millionen und im kommenden Finanzjahr ungefähr 300 Millionen Polyz betragen wird. Matuschewski kündigte an, daß er, wenn notwendig, zur teilweisen Deckung dieses Defizits die Beamtengehälter um 15 Proz. kürzen werde, was eine Ersparnis von 200 Millionen Polyz bringen würde. Die Morgenblätter vermuten, daß diese Maßnahmen am 1. Juli d. J. in Kraft treten werden.

Der Gouverneur der rumänischen Nationalbank, Burileanu, ist abgesetzt worden. Die Nationalbank hatte gegen die Bestellung eines französischen kontrollierenden Sachverständigen protestiert.

### \*Rußlands Außenpolitik

Wenn Rußland außenpolitisch seit dem Weltkriege auch nicht mehr die große Rolle spielt, wie seinerzeit unter dem Regiment der Zaren, so ist doch der kulturelle, der geistige Einfluß, den das neue Rußland als Verförperung des Volksweltismus ausübt, um so bedeutender. Und neuerdings ist infolge des Fünf-Jahres-Plans auch das Gewicht, das Rußland wirtschaftlich in die Waagschale zu werfen hat, gestiegen. Wäre das Vertrauen zu der inneren Festigkeit des Sowjetregimes größer, so würde auch das politische und diplomatische Ansehen Rußlands sehr bald wieder den alten Umfang erreichen.

Aber einstweilen hat in den Augen des europäischen Betrachters all das, was sich in Rußland abspielt, doch in erster Linie den Wert eines Experimentes. Man kann die Größe dieses Experimentes bewundern —, und zwar auch dann bewundern, wenn man die kulturellen und politischen Voraussetzungen deselben verwirft —, aber ein Experiment ist und bleibt eben ein Wagnis, ein Versuch; es kann gut ausfallen, es kann aber auch schlecht enden. Zunächst spricht die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß es schlecht enden wird. Auch der Fünf-Jahres-Plan selbst ist ja ein solches Experiment. Zweifellos wird er, wie wir schon neulich an dieser Stelle ausführten, den übrigen europäischen Staaten Schwierigkeiten bereiten. Aber ob er überhaupt so verwirklicht werden kann, wie sich seine Urheber das vorstellen, ob er nicht vielmehr gerade zu einer weiteren Unterhöhlung der politischen Machtstellung des Sowjetregimes führen wird, das ist eine andere Frage.

Genau so schwankend ist die Beurteilung der militärischen Schlagkraft Rußlands. Zunächst sind die Entfernungen, die von russischen Heeren zu überwinden wären, so groß, und das Transportwesen in Rußland so wenig zuverlässig und geordnet, daß man den Wert russischer Mittelhilfe dort, wo diese Hilfe unter Umständen in Erscheinung treten könnte, nicht so hoch veranschlagen darf. Was Deutschland betrifft, so würde es wohl bei einem jeden Kriege, den Rußland mit einer europäischen Macht führt, als Hauptkriegsschauplatz in Betracht zu kommen haben. Und schon alleine das ist eine Vorstellung, die der deutschen Außenpolitik Reserve aufserlegt.

Um so erfreulicher ist es, daß trotzdem der Vorjüngende des Rates der Volkskommissare, Herr Molotow, dieser Tage auf dem allrussischen Rätekongreß in Moskau die russischen Beziehungen zum Deutschen Reich als recht zufriedenstellend bezeichnet hat. Er hat gesagt, daß die Beziehungen zu Deutschland in den Jahren 1929 und 1930 nicht die besten gewesen seien, daß sie sich seitdem aber sehr gebessert hätten, und daß man heute vor einer Erweiterung dieser Beziehungen stehe. Die „deutsch-russische Freundschaft“ sei nicht nur im Interesse der beiden Völker, sondern auch im Interesse des Friedens notwendig.

Die von Molotow erwähnte Erweiterung der deutsch-russischen Beziehungen spielt sich auf wirtschaftlichem Gebiet ab. Ganz planmäßig soll unsere Wirtschaft mehr für Osteuropa und Südosteuropa interessiert werden. Die Reise der deutschen Industriellen nach Rußland steht natürlich im Dienst dieser Pläne. Was dabei herauskommen wird, muß abgewartet werden. Zunächst bedeutet die Durchführung des Fünf-Jahres-Plans auch für uns die Gefahr eines Dumpings. Und, ob sich aus der wirtschaftlichen Annäherung eine politische ergibt, muß solange zweifelhaft bleiben, als der russische Kommunismus den deutschen Kommunismus finanziert und beherrscht.

Es wäre gewiß sehr schön, wenn Deutschland durch das Zustandekommen eines großen Bündnisystems Frankreich gegenüber freiere Hand bekommen könnte. Es wäre sehr schön, wenn der französische Einfluß durch dieses Bündnisystem, das dann mindestens Rußland, Italien, Deutschland, Ungarn, Bulgarien und die Türkei umfassen würde, paralytisiert werden könnte. Aber noch ist es lange nicht so weit. Noch gibt es große Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen.

Rußland selbst scheint, wie aus der Rede Molotows hervorgeht, die Bildung eines solchen Bündnisystems zu pouffieren. Molotow hat die Beziehungen zu Italien als „sehr herzlich“ und die Beziehungen zur Türkei als „sehr freundschaftlich“ charakterisiert. Um so stärker muß es wirken, wenn er im gleichen Atemzug die Beziehungen zu Frankreich „sehr getrübt“ nennt und Frankreich „schlecht-hin als „das Haupt des politischen Kampfes gegen Sowjetrußland“ hinstellt. Auch das Verhältnis zu England und Amerika sei gestört. Und, was Polen betrifft, so habe

dieses Land „noch nicht verstanden, gute Beziehungen zu dem sowjetrussischen Staat anzuknüpfen“.

Wer hier zwischen den Zeilen zu lesen vermag, der merkt sofort, worauf die russische Außenpolitik ausgeht: Um Frankreich treffen zu können, um sich gegen England und Amerika behaupten zu können, sollen die übrigen Mächte, sofern sie nicht französische Schutzmächte sind oder streng neutral bleiben müssen, als Bundesgenossen Rußlands gewonnen werden.

Deutschland hat alle Veranlassung, solche Bestrebungen mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Sie sind sehr wichtig, da sie zumal im Hinblick auf die kommende Abrüstungskonferenz zum Nutzen Deutschlands ausgewertet werden können. Der deutsche Reichswehrminister Gröner hat gestern im Reichstag sehr richtig betont, daß Deutschland denselben Anspruch auf Sicherheit habe wie Frankreich. Er hat das getan in einer Rede, in welcher er Herrn Maginot auf seine merkwürdigen Ausführungen in der französischen Kammer erwiderte. Frankreich wird — darüber besteht für uns gar kein Zweifel — nur dann Vernunft annehmen, und nur dann die militärische und politische Gleichberechtigung Deutschlands anerkennen, wenn es sich einem sehr starken Druck ausgesetzt sieht. Inwiefern die russische Außenpolitik bei der Erzeugung dieses Druckes eine Rolle spielen wird, das kann heute niemand sagen. Immerhin ist Rußland ein Faktor, der nicht ignoriert werden darf. Und auch Frankreich wird ihn nicht ohne Schaden ignorieren können.

### Die Auslandsreise der deutschen Industriellen

Die in Moskau geführten Besprechungen, die der Befestigung der den Wirtschaftsverkehr klärenden Geminnisse und der Erörterung über weitere Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen dienen, haben — wie nun mitgeteilt wird — zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt. Im beiderseitigen Einvernehmen wurde festgestellt, daß eine möglichst weitgehende Stabilität in den Wirtschaftsbeziehungen beider Länder die beste Grundlage für einen weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen bietet und auf diese Weise die Kontingente der Lieferungen sicherzustellen und dabei doch jedem Unternehmen für seine Geschäftsbeziehungen genügend Spielraum zu lassen, daß ein den wirklichen Bedürfnissen angepaßtes Programm zur Ausführung kommen könne. Beide Teile haben sich dabei über die Durchführung des Zusatzprogramms von Bestellungen geeinigt, die von der Sowjetindustrie in kürzester Zeit nach Deutschland gehen sollen.

### Berliner Reise des Generalsekretärs des Völkerbundes

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, beabsichtigt, in nächster Zeit im Laufe einer Informationsreise, die ihn in einige europäische Hauptstädte führen wird, den zuständigen Stellen in Berlin einen Besuch zu machen. Sir Eric Drummond reist zunächst am Mittwoch nach London. Im Anschluß daran begibt er sich nach Paris, wo er am 24. März in seiner Eigenschaft als Sekretär des Studienkomitees für die europäische Union an den Beratungen des Organisationsausschusses dieses Komitees teilnimmt. Nach Ostern ist ein Besuch in Rom und Berlin vorgesehen. Die Besuche in den Hauptstädten dürften dem Wunsch des Generalsekretärs entsprechen, die Fragen, die die nächste Tagung des Völkerbundes und des Studienkomitees für die europäische Union im Mai beschäftigen werden, zu besprechen und sich auch über die Stimmungen in der Abrüstungsfrage zu unterrichten.

„Moderne Maler aus China und Japan“ in Mannheim. Diese in Europa zum ersten Male, bisher nur in der Wiener und Berliner Sezession, sowie im Kunstverein Kassel gezeigte Schau umfaßt etwa 100 Werke von in China und Japan schaffenden ersten Meistern dieser Länder. Sie hat überall außerordentliches Aufsehen erregt und wird von Mannheim wieder nach dem Ausland gehen. Die Ausstellung im Mannheimer Kunstverein dauert vom 8. März bis 6. April und ist täglich von 10-1 und 3-5 Uhr geöffnet.

Heidelberg Professoren für Dehn. Zum Fall Dehn, der seinerzeit in der Presse stark erörtert wurde, hat neuerdings nochmals der Große Senat der Universität Heidelberg Stellung genommen. Auf Grund dieser Erörterung haben 27 Professoren an Dehn, der inzwischen zum Professor in Halle ernannt worden ist, eine Erklärung gerichtet, in der es heißt, daß sie davon überzeugt seien, daß keine ausreichenden Gründe für eine Zurücknahme der Berufung vorgelegen hätten, und daß sie es bedauern, daß die ganze Persönlichkeit Dehns in der Öffentlichkeit bloßgestellt, und daß bei der Berufung nicht in der sonst üblichen Weise verfahren worden sei.

60 Jahre Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger. Im Saal der Lessing-Hochschule in Berlin feierte die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger am Sonntag im kleinen Kreise ihr 60jähriges Bestehen. Der Einladung der Ortsverbände war u. a. der preussische Minister des Innern, Severing, gefolgt. Zahlreiche Vertreter künstlerischer Organisationen überbrachten ihre Glückwünsche.

Ein deutscher Rundfunkvortrag Sven Hedins. Sven Hedins wird seinen kurzen Aufenthalt in Europa dazu benutzen, von Stockholm aus einen deutschen Vortrag über seine neue Asienexpedition, wohl die größte, die je in Asien unternommen wurde, zu halten. Der Vortrag, den wie der Verlag Brockhaus mitteilt, alle deutschen und österreichischen Sender wohl mit keiner Ausnahme übertragen werden, findet am 19. März in der Zeit von 19 bis 19.30 Uhr statt.

Auch in Straßburg Verhinderungsverläufe der Weingartner-Kongerte. Zu der Verhinderung der Weingartner-Kongerte in Paris kann mitgeteilt werden, daß vor einigen Wochen, als Weingartner in Straßburg ein Konzert dirigierte, ebenfalls Verläufe unternommen wurden, sein Auftreten zu verhindern. Diese Verläufe gingen von der Präfektur aus und sind daran gescheitert, daß die Stadtverwaltung als Veranstalterin des Konzerts es ablehnte, einen Schritt gegen Weingartner zu unternehmen, und es der Präfektur überließ, den Dirigenten unter eigener Verantwortung von Straßburg fernzuhalten. Diese Verantwortung wollte dann die Präfektur anscheinend nicht übernehmen, denn das Konzert hat unter starker Beteiligung stattgefunden und nicht nur ohne die befürchteten Zwischenfälle, denen das Polizeiverbot angeblich vorbeugen sollte, sondern mit mächtigen Guldignamstunungen für den Künstler geadet.

## Die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen

Aus einer Aufstellung der „Berliner Wirtschaftsberichte“ ergibt sich, daß im Jahre 1925 in Berlin nicht weniger als 101 gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen gezählt wurden, die ein Heer von 107 955 Personen beschäftigen. Von diesen 101 Unternehmungen waren 71 unter allen Umständen als öffentliche anzusehen, denn ihr Kapital befand sich zu mehr als 50 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand. An 25 dieser Unternehmungen war das Reich ausschlaggebend beteiligt, an 29 die Gemeinden, das heißt also wohl in diesem Falle in der Regel die Stadt Berlin. Zwei Unternehmungen gehörten überwiegend deutschen Ländern und weitere sechs anderen politischen Selbstverwaltungskörpern oder sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts. An den restlichen Unternehmungen mit überwiegend öffentlicher Kapitalbeteiligung waren verschiedene Körperschaften gemeinsam beteiligt. Endlich waren 30 gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen vorhanden, deren Kapital zu mehr als der Hälfte im Privatbesitz war.

Aber die 101 gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen waren allein in Berlin gezählt. Sie stellen nur etwa den zehnten Teil aller im ganzen Deutschen Reich vorhandenen gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen dar. Allerdings beschäftigen sie fast 36 Prozent der Gesamtbeschäftigten aller gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, woraus man schließen darf, daß bei gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen im ganzen Reich alles in allem etwa 300 000 Personen beschäftigt waren.

Das Reich war an rund 38 Unternehmungen gemeinwirtschaftlicher Art maßgeblich beteiligt, die insgesamt fast 30 000 Beschäftigte zählten; hiervon befanden sich allein 25 mit insgesamt 23 654 Beschäftigten in Berlin. Sie sind zum größten Teil in der „Diag“ zusammengefaßt, die u. a. Unternehmungen zur Herstellung von Stahlfabrik, Aluminium und Aluminiumerzeugnissen, ferner Gesellschaften der Eisenverarbeitung, des Maschinenbaues, der Elektrizitätserzeugung usw. kontrolliert. Dazu gehören so bedeutende Unternehmungen, wie die **Elektrowerke AG.** mit einem Kapital von 90 Millionen Reichsmark, die **Deutsche Industriewerke AG.** mit einem Kapital von 24 Millionen Reichsmark und die **Mitteldeutschen Stahlfabrikwerke** mit einem Kapital von 20 Millionen Reichsmark.

Die Länder unterhalten zusammen 68 gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen mit einer Belegschaft von 84 164 Personen. Die größten dieser Gesellschaften sind die **Preussische Bergwerks- und Hütten-AG.** mit einem Kapital von 140 Millionen Reichsmark und die **Preussische Elektrizitäts AG.**

Die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden befassen sich in der Hauptsache mit der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung. Hierzu kommen noch zahlreiche Verkehrsunternehmungen, wie Straßenbahnen, Untergrundbahnen, Flughäfen usw., ferner Theatergesellschaften, Brennstoffgesellschaften, Ausstellungs- und Messeämter, Freibadgesellschaften sowie vor allem Bau- und Siedlungsgesellschaften.

Man erzieht hieraus, wie außerordentlich vielseitig das Betätigungsgebiet der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen ist. In gewisser Hinsicht mag wohl seit 1925 unter dem Druck mancher Mißerfolge eine Rückbildung in der Entwicklung der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen stattgefunden haben. Auf anderen Gebieten aber haben sich diese doch ausgedehnt bzw. neue Tätigkeitsgebiete sich erschlossen. Man darf gewiß das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und jede Art öffentlicher oder gemischt-wirtschaftlicher Betätigung bekämpfen. Aber zweifellos haben Reich, Länder und Gemeinden auf dem Gebiete wirtschaftlicher Tätigkeit häufig das Gute zu viel getan. Die Erfolge sind nicht immer befriedigend gewesen, und eine Einschränkung dieser Betätigung der öffentlichen Hand ist im Interesse der Gesamtwirtschaft unter allen Umständen zu erstreben. Nur dort, wo das Allgemeininteresse eine wirtschaftliche Betätigung des Staates oder der Gemeinden erfordert, sind die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen am richtigen Platze, und dort werden sie bei guter kaufmännischer Leitung auch befriedigende Erfolge haben.

### Das Urteil gegen die russischen Sozialdemokraten

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, verurteilte der Moskauer Gerichtshof im Prozeß gegen das Unionsbüro der Menschewisten nach 25stündiger Beratung die Angeklagten Groman, Scher, Sukanoff, Ginsburg, Jakubowitsch, Petunin und Finbenatowitsch zu je 10 Jahren Freiheitsstrafe und die übrigen 7 Angeklagten zu Freiheitsstrafen von 5 bis 8 Jahren. Der Staatsanwalt Krolenko hatte gegen die 5 Angeklagten Groman, Scher, Jakubowitsch, Ginsburg und Sukanow die Todesstrafe, gegen die übrigen 9 Angeklagten Freiheitsstrafen von verschiedener Dauer beantragt.

Aussperrung in der bayerischen Metallindustrie. Nachdem am 6. März für die bayerische Großstadt-Metallindustrie ein Schiedspruch gefällt worden war, der u. a. einen prozentigen Lohnabbau vorsieht, ist am Samstagabend in den Betrieben des Verbandes bayerischer Metallindustrieller eine Bekanntmachung angeschlagen worden, in der es heißt, daß der Schiedspruch den Bedürfnissen der Betriebe die notwendige Entlastung nicht in genügendem Maße gebracht habe, weshalb einstimmig die Aussperrung beschlossen wurde. Die Aussperrung trifft rund 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Das Lübecker Kindersterben. Die Lübecker Bürgerschaft beschäftigte sich am Montag mit einer Senatsvorlage, die den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages über die Schadenersatzansprüche der durch die Tuberkulose-Schutzimpfungen Geschädigten regelt. In Kosten sind als Folge der Impfungen dem Lübecker Staat bis Ende Januar 1931 insgesamt 172 355 M. entstanden. Der dem Parlament vorliegende Vertrag des Lübecker Staates mit den Geschädigten sieht die Einsetzung eines Schiedsgerichtes vor, das über die Entschädigungsansprüche der Eltern entscheiden soll.

Ausweisung eines reichsdeutschen Journalisten aus der Tschechei. Der Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in Prag, Kornhuber, der auch für verschiedene andere deutsche Blätter schreibt, ist aus der Tschechoslowakei ausgewiesen worden. Den unmittelbaren Anlaß der Ausweisung bildete ein Artikel im „Samburger Fremdenblatt“, in welchem Kornhuber die tschechische Revolutionsgeschichte als eine Kette moralischer und finanzieller Delikte bezichtigte.

Der japanische Ministerpräsident Hamaguchi, der noch immer an den Folgen des auf ihn verübten Mordanschlags leidet, wurde am Montag vom Kaiser von Japan in Audienz empfangen und nahm damit formell seine Amtstätigkeit als Ministerpräsident wieder auf.

Ein neues Staatsgebilde in Australien. Verwaltungskörperschaften sind, wie aus Sidney gemeldet wird, aufgefördert worden, eine Tagung am 7. April zu beschließen, auf der eine Verfassung für einen „Staat Neu-England“ ausgearbeitet werden soll. Dieses neue Staatsgebilde soll 190 000 Quadratmeilen des nordwestlichen Neu-Südwales umfassen.

## Der Lohnkampf der Eisenbahner

### Eine Stellungnahme des Vorstandes der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner

Der Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner befaßte sich in seiner letzten Sitzung insbesondere mit dem gegenwärtigen Lohnkampf. Der Vorstand war einmütig der Auffassung, daß die Forderungen der Verwaltung in ihrer Art und Höhe untragbar seien.

Es sei zu berücksichtigen, daß ein großer Teil guter Handwerker durch Beschäftigung als ungelernete Arbeiter gegenüber seinem früheren Lohnniveau seit langer Zeit bereits eine Einbuße bis zu 27 Pf. pro Stunde erlitten, und diese Gruppen mit den übrigen durch Verkürzung der Arbeitszeit und Festschichten, weitere gewaltige Einkommensvermindierungen erleiden. Außerdem sollen die Festschichten auch künftig neben einem geforderten Lohnabzug bis zu 13 Prozent für mehr als 200 000 Lohnempfänger in ungewisser Höhe beibehalten werden. Angesichts dieser Tatsache erscheine eine weitere Lohnherabsetzung gegenüber den ohnehin zu schlecht bezahlten Arbeitern, insbesondere der unteren Lohngruppen, untragbar, um so mehr, als die Reichsbahnhauptverwaltung anscheinend nicht gewillt sei, ihrerseits die auch von der Reichsregierung auf verschiedenen Gebieten geforderten Einsparungen vorzunehmen.

Die Vertreter der Tarifabteilung erhielten für die Fortsetzung der Verhandlungen am 10. März entsprechende Richtlinien, wobei sich der Vorstand die letzte Entscheidung vorbehalten hat.

### Zur Reform der Arbeitslosenversicherung

Dem Reichstag ist ein Antrag der Staatsparteilichen Fraktionsgemeinschaft zugegangen, der verschiedene Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung enthält. Vor allem wird die Aufspaltung der Arbeitslosenversicherung in Gefahrenklassen verlangt. Für die Angestellten soll darüber hinaus die Beschaffung von Ersatzlöhnen zulässig sein. (Diese Frage wird in Angelegenheiten stark diskutiert, da sie als eine erwiesene Tatsache betrachtet, daß die Angestellten zwar hohe Beiträge leisten, aber am unzureichendsten unterstützt werden.) Außerdem beschäftigt sich der Antrag mit der Zulassung der Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege. Er spricht sich dafür aus, daß beide Unterstützungsformen in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zusammengefaßt und daß die Mittel von Reich, Ländern und Gemeinden aufgebracht werden sollen.

### Die städtischen Wohlfahrtslasten

Wie der Reichsstadtebund durch eine besonders eingeleitete Umfrage festgestellt hat, sind in den von dieser Umfrage erfaßten mittleren und kleinen Städten mehr als zwei Drittel nicht in der Lage, das Rechnungsjahr 1930 ohne Fehlbetrag abzuschließen. Trotz Einführung der neuen Steuern wird in diesen Städten ein Fehlbetrag von durchschnittlich 11,94 M je Einwohner ungedeckt in das nächste Rechnungsjahr übernommen werden müssen. Die Fehlbeträge sind in der Hauptsache auf die Steigerung der Wohlfahrtslasten im Rechnungsjahr 1930 zurückzuführen.

### Forderungen der Kleinrentner

In einer vom Reichsrentnerbund in Berlin veranstalteten großen Kundgebung, an der auch zahlreiche Vertreter aus dem Reich teilnahmen, wurde die Forderung vertreten, daß die ehemaligen Kleinrentner aus der kommunalen Fürsorge herausgenommen werden, und daß möglichst rasch von Reich wegen ein Rentnerverordnungs-gesetz geschaffen wird. Die Versammlung verließ zum Teil sehr erregt. Die Redner wiesen darauf hin, daß die schlechte Finanzlage der Kommunen und Fürsorgeverbände als unvertretbar zu bezeichnen sei. Stark betont wurde auch die Tatsache, daß die Selbstmorde in den Kreisen der Kleinrentner in erschreckendem Maße zugenommen hätten.

Beim Kasseler Kommunistenprozeß kam es am Montag zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, als die angeklagten Kommunisten sich in einem Zuge unter Vorantritt einer Kapelle dem Gerichtsgebäude näherten. Die Verhinderung stellte Antrag auf Vertagung und das Gericht setzte die Verhandlung auf heute, Dienstag, fest. Der Prozeß, bei dem bekanntlich 97 Kommunisten angeklagt sind, konnte heute, Dienstag, vormittag in aller Ruhe seinen Anfang nehmen, nachdem die 97 Angeklagten förmlich eingekerkert waren. Die Angeklagten sind zum größten Teil junge Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren. Die meisten sind nicht vorbestraft, dagegen befinden sich unter ihnen auch verschiedene mit Vorstrafen, so ein Angeklagter, der bereits 18 Vorstrafen aufzuweisen hat.

Ein Schiedspruch in der Lausitzer Tuchindustrie wurde für verbindlich erklärt. Er sieht u. a. eine prozentige Lohnföhrung vor.

### Nachlassen der Schneefälle in der Schweiz

W.D. Zürich, 10. März. (Tel.) Im Laufe des heutigen Vormittags haben die starken Schneefälle in der Schweiz nachgelassen. Im Südbahnen des Landes fällt Regen. Die Temperaturen liegen im Mittel zwischen 4 und 5 Grad unter Null. Die tiefsten Lagen in der Nordschweiz haben eine durchschnittliche Schneedecke von 50 Zentimeter.

### Kleine Chronik

In Wien hat ein 46jähriger Kanalarbeiter namens Ribitz die Aufwartefrau Mizzi Daler erschlagen und zerstückelt. Ribitz gibt an, er habe die Tat verübt, weil die Aufwartefrau, die mit ihm in Untermiete wohnte, ihm ihre Gunst versagt habe, nachdem er mit ihr in einem Gasthause gewesen sei.

Als in Rudolfsstadt der 55jährige Polizeioberwachmeister Holz ein Restaurant betrat, da dieses trotz Ablaufs der Polizeistunde noch nicht geschlossen hatte, gab ein Gast mehrere Revolverschläge ab, die den Polizeibeamten und die Wirtin in die Brust trafen. Beide starben kurz darauf. Der Täter verwundete sich dann durch einen Schuß schwer.

In London setzte am Montag der härteste Schneefall des Winters ein. Die Landstraßen in der Umgebung sind vollkommen verkehrt. In Mittel- und Nordengland liegt der Schnee stellenweise 2 Meter hoch. Im Kanal wurde die Schifffahrt durch das dicke Schneegestöber lahmgelegt. In Dover, Folkestone, Brighton, Eastbourne und anderen Häfen herrscht der schlimmste Schneesturm seit Jahren. Folkestone meldet die furchtbare Sturmflut, die je beobachtet wurde.

Infolge eines Wirbelsturms, der während der letzten drei Tage auf der Insel Mauritius große Verheerungen angerichtet hat, sind schätzungsweise 10 000 Menschen obdachlos. Es herrscht Mangel an Lebensmitteln.

# Badischer Teil

## Wünsche der Landgemeinden

Der Verband badischer Gemeinden hält in den einzelnen Landesteilen Besprechungen mit den Bürgermeistern und Landgemeinden ab. Die erste Besprechung dieser Art fand am Samstag in Donaueschingen statt und war seitens der Bürgermeister und Gemeinderäte aus den Bezirken Donaueschingen, Engen, Neustadt und Billingen sehr gut besucht.

Der Vorsitzende des Verbandes, Bürgermeister Menges (Bernsbach) referierte in ausführlicher Weise über die Lage der Gemeinden. Der Redner wies darauf hin, daß die kleinen Gemeinden zur Zeit die größte Not litten. Schuld daran seien die gestiegenen Soziallasten und die stark zurückgegangenen Einnahmen, insbesondere aus dem Waldbesitz. Deshalb verlangen die Gemeinden einen gerechteren Lastenausgleich, bei dem insbesondere die Einwohnerzahl berücksichtigt werde, damit nicht die kleinen und leistungsschwachen Gemeinden zur Tragung der Kürzungen der Landstädte und größeren Gemeinden über Gebühr herangezogen würden. Der Redner verlangte eine entsprechende Erhöhung des Lastenausgleichs. Weiter müßte das Land solche Gemeinden, deren Belastung unerschwinglich weitläufig über dem Landesdurchschnitt liege, entsprechend unterstützen. Die gehobene Fürsorge müsse von den Bezirksfürsorgeverbänden auf die Gemeinden rückübertragen werden und der Unterstützungsmehrwert wieder eingeführt werden, da die Unterstützungsgemeinde die Bedürftigkeit des Unterstützungsempfängers am besten prüfen könne. Die neu eingeführten Notrufern (Bürgerabgabe, Bier- und Getränkesteuer) seien kein Ersatz für die Einnahmeausfälle, die sich insbesondere bei den für die Gemeinden viel zu hohen Lastenanteilen für die Land- und Kreisstraßenanwendungen bedenklich auswirkten. Der Redner trat weiter für die Beibehaltung der Bürgerauschüsse ein unter Mithilfe zum sogenannten freien Wahlrecht.

Aber Ständesfragen der Gemeindebürgermeister referierte Bürgermeister Koch (Badenburg), über Pensionsfragen der Leiter der Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte, Direktor Kramm (Karlsruhe).

## Vollversammlung

### der Badischen Landwirtschaftskammer

Die Badische Landwirtschaftskammer hält am 20. und 21. März d. J. im Plenarsitzungs-Saal des Badischen Landtags in Karlsruhe ihre 38. Vollversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beratung des Voranschlags für 1931/32. Ein Hauptthema wird die Lage der Milchwirtschaft bilden, worüber Präsident Kerpel, Lohrbach, berichtet.

Die Rechnung der Badischen Landwirtschaftskammer für 1929/30 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 1.430.995 Reichsmark ab, der Voranschlag für 1931/32 mit einer Summe von 1.324.400 RM. Der Staatszuschuß für das neue Rechnungsjahr ist mit 47.500 RM eingestellt (gegen das Vorjahr 2500 RM weniger). Die Beiträge zur Landwirtschaftskammer sind mit 957.000 RM veranschlagt (mehr 57.000 RM). Vorgeschlagen wird die Erhebung einer Umlage von 58 Pf. auf 1000 RM Steuerwert. Der Vorstand soll ferner ermächtigt werden, neue Anleihen bis zum Höchstbetrage von 200.000 RM aufzunehmen. Ein weiterer Antrag des Vorstandes geht dahin, daß Grundstücke im Gesamtwert von 200.000 RM im Rechnungsjahr 1931/32 gekauft und verkauft werden dürfen.

## Die Brandversicherung

Aus dem Jahresbericht der Badischen Gebäudeversicherungsanstalt geht hervor, daß in Baden im Berichtsjahr 1443 Brände gemeldet wurden, davon 142 im Bezirk Mannheim, 107 im Bezirk Karlsruhe. Dann folgen Heidelberg mit 92, Freiburg mit 79 Bränden. Der Gesamtbrandschaden ist mit vorläufig 7,2 Millionen Reichsmark um nahezu 20 Proz. geringer als im Vorjahr. Die Gesamtsumme, für die die Gebäudeversicherungsanstalt aufzukommen hat, beträgt bei Jahresabschluss rund 10,2 Millionen Reichsmark. Wegen vorläufiger oder fahrlässiger Brandstiftung wurden in Baden 673 Untersuchungsverfahren eingeleitet, in 82 Fällen erfolgte eine Verurteilung. Am 31. Dezember 1929 waren 351.658 Eigentümer mit 1.118.450 Gebäuden versichert. Der Feuerversicherungsanschlag bezifferte sich auf 6,6 Milliarden.

## Schulkinder in politischen Versammlungen

In einer nationalsozialistischen Versammlung in der Stadthalle in Heidelberg waren zahlreiche schulpflichtige Kinder unter den Besuchern. Polizei stellte die Namen der Schulkinder fest. Wie das „Heidelb. Tagbl.“ von amtlicher Seite hört, ist das Eingreifen auf Grund einer gesetzlichen Verordnung von 1921 erfolgt, wonach wahlunmündigen Schülern der Besuch politischer Versammlungen verboten ist. Die Polizei ist in diesem Falle des Eingreifens nur Hilfsorgan der Schule. Die Namen der Kinder und die betreffende Schule werden von der Polizei festgelegt und den Schulleitungen mitgeteilt. Die Bekämpfung erfolgt nur mit den disziplinarischen Mitteln der Schule.

Man kann — so schreibt das Blatt — das Eingreifen der Polizei wohl lebhaft begrüßen; denn Schulkinder haben andere Pflichten und andere Aufgaben zu erfüllen und haben vor allen Dingen erst einmal etwas zu lernen und etwas zu werden, ehe sie in parteipolitischen Versammlungen sich ihre jungen Köpfe verwirren lassen. Auch die Einflüster der Eltern, gleichviel, welcher Parteilichung, sollten die Bestimmungen der Schule unterstützen.

## Aus der badischen Industrie

Die Firma Wassermann & Co. in Schwetzingen, die größte badische Konserndefabrik, steht sich infolge finanzieller Schwierigkeiten dazu gezwungen, einen außergerichtlichen Vergleich anzustreben.

Aus der Zigarrenindustrie. Die Großeinlaufs-Gesellschaft in Hohenheim beschäftigt wieder 300 Personen. Die Firma Kestental & Co. hat bereits wieder 85 Personen eingestellt.

## Der Streit um Pfarrr Edert

In einer Entschließung der kirchlich-politischen Vereinigung Karlsruhe spricht diese die Überzeugung aus, daß das Auftreten und Verhalten des Pfarrers Edert-Mannheim gegenüber dem Oberkirchenrat für die Evangelische Landeskirche untragbar ist, und stellen sich hinter die von der obersten Kirchenbehörde ergriffenen Maßnahmen.

Die religiösen Sozialisten Badens haben eine Unterschriften-Sammlung gegen die Amtsenthebung des in letzter Zeit oft genannten evangelischen Pfarrers Edert-Mannheim eingeleitet. Die Listen tragen die Aufschrift: „Die Unterschriften unterstützen den Kampf der religiösen Sozialisten und fordern die Wieder-Einsetzung Pfarrr Ederts in sein Amt.“

Gemeinderat Eberbach bestätigt. Das Ministerium hat dem am 11. Dez. 1930 gewählten Gemeinderat der Stadt Eberbach bestätigt und die Inguiltigkeitserklärung des Bezirksrats Heidelberg aufgehoben.

## Gemeindeerwandschau

### Scharfe Kritik an dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

In Heidelberg fand eine Aussprache über die Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten statt, die aus Kreisen der Heidelberger Frauenerkennung aller Konfessionen, staatlicher und städtischer Behörden und der mit der Durchführung des Gesetzes betrauten Kreise, wie Ärzte usw., besucht war.

Nach einem Vortrag, in dem Geheimrat Prof. Dr. Rittermaier (Siegen) darlegte, daß das Gesetz in seiner Durchführung große Mängel trotz unternommenen Fortschritten zeige, wurde in einer Aussprache von nahezu allen Rednern recht erhebliche Kritik an dem Gesetz und seinen Auswirkungen geübt. Amtsgerichtsrat Loser machte aus seiner Praxis als Richter in Mannheim interessante Feststellungen, wonach das Jubeltierum zweifellos in erheblichem Maße zugenommen habe. Diese Ansicht wurde auch von anderen Rednern bestätigt. Prof. Bettmann stellte fest, daß es unmöglich sei zu sagen, ob die Geschlechtskrankheiten als Folge des Gesetzes abgenommen hätten, da bekannt sei, daß die Geschlechtskrankheiten wellenförmig zu und abnehmen und auch vor dem Gesetz die verschiedensten Umstände die Krankheiten beeinflussten.

Kollegienrat Athenstädt, der im Auftrag des Innenministeriums die Verhältnisse seit Inkrafttreten des Gesetzes in verschiedenen Großstädten studiert hatte, war der Ansicht, daß manche Gerichte in falscher Auslegung des Gesetzes die nötige Unterstützung verweigerten. Auch dieser Redner hielt eine Verbesserung des Gesetzes nach verschiedenen Richtungen für nötig. Prof. Oruhle war der Ansicht, daß das Gesetz nach seiner Richtung irgend etwas geändert habe. Die Landesfürsorgein Lukas bemängelte die badischen Ausführungsbestimmungen des Gesetzes, wonach die Gemeinde zum Träger der Gesundheitsbehörde gemacht wurde, so daß es in Baden etwa 1500 Gesundheitsbehörden gäbe, die größtenteils ihren Aufgaben nicht nachkommen seien, ja direkt die Durchführung des Gesetzes behinderten.

Bürgermeisterwahlen. In Ottersdorf (Amt Kastatt) verlief die Bürgermeisterwahl ergebnislos, da beide Kandidaten genau die gleiche Stimmzahl, je 386, auf sich vereinigten. Für die Wahl kandidierten der bisherige Bürgermeister Frisch und Gemeinderat Fritsch. — Aus der Fülle der Bewerber um den am 1. März in Schoßheim durch den Rücktritt des Bürgermeisters Heeg frei werdenden Bürgermeisterposten sind drei Herren in die enge Wahl gezogen worden. Sie werden sich dem Bürgerauschuß am kommenden Freitag in nicht-öffentlicher Sitzung vorstellen. — Zum Bürgermeister von Wiesbaden, A. bei Nollhofen wurde Ratsschreiber Friedrich Stühl gewählt. — Der bisherige Bürgermeister Albert Schopperer von Gerlingen bei Müllheim wurde mit nahezu allen Stimmen wieder gewählt.

Bei der Stadt Sparkasse Mannheim wurde in den letzten Tagen das 102.000. Reichsmarkparcus ausgestellt. Es gehört einer Kontantin, die eine Prämie von 25 RM gutgeschrieben erhielt.

Verflechtung der Grenzgegendverhältnisse in Nehl. Die auch im benachbarten Straßburg wie in ganz Frankreich sich allmählich immer stärker zeigende Wirtschaftskrise brachte in Nehl eine Vermehrung der Arbeitslosen. Etwa 50 Arbeiter (Metalle, Bau- und Hafnarbeiter), die in Straßburg als Grenzgänger beschäftigt waren, sind zur Entlassung gekommen. Die schlechte Witterung der letzten Tage hat die Arbeiten an der Ringanlegerung, bei der etwa 210 Arbeitskräfte beschäftigt sind, stark beeinträchtigt; sie wurden zum Teil ganz eingestellt werden.

Umlageentwurf in Konstantz. Der Stadtrat Konstantz genehmigte unter Vorbehalt der Zustimmung des Bürgerauschusses die folgenden Umlagefäge: Grundvermögen 108 Pf., Betriebsvermögen 38 Pf. und Gewerbeertrag 720 Pf. Diese Zahlen bedeuten eine Senkung der bisherigen Umlagefäge von 120, 48 und 900 Pf.

Eine Million Fehlbetrags. Der Voranschlag von Ludwigshafen a. Rh. für 1931 bringt trotz rigoroser Sparmaßnahmen ein Defizit von über einer Million Reichsmark. Die Wohlfahrtsarbeiten beanspruchen über 4,5 Millionen. An ihnen konnte selbstverständlich nichts gespart werden. Dagegen wurde beim Krankenhaushaus der Zuschuß um 300.000 Reichsmark verringert. Auch der Zuschuß zum Nationaltheater in Mannheim hat man für das kommende Spieljahr gestrichen, so daß aller Voraussicht nach für die nächsten Jahre keine Vorstellungen des Nationaltheaters mehr im Pfalzhaus stattfinden werden.

## Aus der Landeshauptstadt

Trauerkundgebung für Stadtrat Eugen Ged. In außerordentlicher Sitzung des Karlsruher Stadtrats widmete am Montag der Vorsitzende dem nach kurzer Krankheit dahingegangenen Herrn Stadtrat Eugen Ged. Worte ehrenden Gedankens. Er wies darauf hin, daß der Entschlafene während mehr als einem Vierteljahrhundert den städtischen Kollegien angehört hat, darunter seit dem Jahre 1908 dem Stadtrat, und daß die Stadt in dem eingegangenen einen treuen Bürger und mit reichen Gaben des Geistes und gründlichem Wissen ausgestatteten Mitarbeiter verlor, der sich während der langen Zeit seiner Zugehörigkeit zu den Gemeindefollegeren mit großer Hingabe und Gewissenhaftigkeit den Aufgaben der Stadtverwaltung gewidmet habe. Der Stadtrat Karlsruhe, die seine zweite Heimat geworden sei, und ihrer Entwicklung habe stets sein volles Interesse gegolten. Sie werde ihm ein freundliches Gedächtnis bewahren. Zum Zeichen der Zustimmung erhoben sich die Anwesenden von den Sitzen. An der Beisetzungsfeier werden sich der Stadtrat und der Stadtvorstandsbotschaft beteiligen.

Die Reichs-Handwerkswoche wird am Sonntag, den 15. März, vormittags halb 11 Uhr im städtischen Konzerthaus zu Karlsruhe durch eine schlichte Eröffnungsfeier eingeleitet. Veranstaltung ist das selbständige Handwerk und Gewerbe der Kreise Karlsruhe und Baden. Die Feier wird umrahmt von Vorträgen der Vereinigten Innungs-Gesangvereine. Auf die Begrüßungsansprache des Handwerksammerpräsidenten Jemmman folgt ein Vortrag des geschäftsführenden Direktors der Handwerksammer Karlsruhe, Endres, Staatspräsident und Innenminister Wittenmann hat sein Erscheinen zugesagt und wird ebenfalls eine Ansprache halten.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Seit Wochen hört man auf der Konzerthausbühne und zuletzt im Landestheater die Operette „Meine Schwester und ich“. Nun geht auch das gleiche Stück über die Leinwand. Man stellt unwillkürlich einen Vergleich an zwischen Bühne und Film. Ohne dem Film nahegetreten, muß man sagen, daß trotz alledem Aufwand die Aufführung auf der Bühne nicht erreicht werden kann. All die Schläger, die drei- und viermal gefungen werden mußte, fehlen naturgemäß im Film vollständig. Wir wollen damit nicht sagen, daß der Film nichts bietet, ganz hervorragende Darsteller verhelfen ihm zu einem Achtungserfolg. Neben der Deullig-Wochenschau machen wir im Beifilm

eine Wochenendreise „Durch das schöne Sauerland im Winter“. Der diese schönen Bilder sieht, so das Leben und Treiben von jung und alt auf den „Bretten“ und all die herrlichen Naturaufnahmen, bekommt wahrlich Lust, da mitzugehen.

Colosseumtheater. Auch in der zweiten Hofe, die Marga Peter mit ihrem Ensemble mmt, will die werdende Handlung nicht so recht in Schwung kommen und bleibt zuweilen an Zutataten kleben, nach deren dramatischer Berechtigung man schüchtern zu fragen beginnt. Immerhin ist aber „Der Affenbaron“ gegenüber deselben Autors Gustav Bertram jüngst vorgeführter „Verfolgters Unschuld“ das amüsantere und wohl auch wirksamere Stück, trotzdem der Dichtergatte hier nicht mit ritterlichem Anstand um eine Bombenrolle gerade für seine Frau sich bemüht hat. Denn diesmal ist Otfried Breiholz in der anzüglichen Titelrolle die Hauptfigur, die bis kurz vor dem happy-end einiges Exzentrische und Komische für nicht sehr tugendhafte Nachschwärmerereien ausstehen muß. Dazu angeführt einer Schwiegermutter (Friedel Groffe), die auf ihre Hausfrauenrechte unentwegt pocht. Das glückliche Heilmittel aller noch so ungläublichen Verwirrung schafft in dessen sehr nett Ernst Federlin als geschäftstüchtiger Maschermann herbei. Seinen Lohn dafür erhält er in der Gestalt der vielumworbene Ruhmsherin, in welcher Rolle sich eben Marga Peter endgültig mit ihm vereinen kann. Ihrem Beispiel folgen übrigens nicht weniger als drei andere Paare, von denen es jedoch genügt, nur noch Theo Mayer in der famosen Ständchfigur eines Professors und Wizzi Raufschberger als weiblichen Kampyr mit dem ehrsüchtigen Vornamen „Genobia“ hier zu zitieren. Nicht unerwähnt darf freilich auch das blänkfüge Kammergöschchen Lisette bleiben, schon wegen des prompt herentanzelnden Reimes „sehr nett“, „sehr adrett“, dem die lockere Heide Federlin alle Ehre macht. (V. Sch.)

Karlsruher Schwurgericht. Im ersten Fall hatten sich am Montag die Näherin Nina Maifsch und die berufstlose Rosa Ziegler, beide aus Oberweier, sowie der 26 Jahre alte Bahnarbeiter Wilhelm Wendelin Weber aus dem gleichen Ort, wegen Meineids zu verantworten. Die drei noch unbestraften Leute waren beschuldigt, in einem Unterhaltungsprozess vor dem Amtsgericht Ettlingen falsche Angaben durch Eid betraffigt zu haben. Die Verhandlung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, nahm den ganzen Tag in Anspruch. Während die Mädchen geständig waren, bestritt Weber die ihm zur Last gelegte Straftat. Das Gericht verurteilte die Nina Maifsch wegen Meineids zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, Rosa Ziegler zu 1 Jahr Zuchthaus abzüglich 4 Monaten Untersuchungshaft, sowie 2 Jahren Ehrenverlust, Wilhelm Weber zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft, sowie zu 5 Jahren Ehrenverlust. Bei den beiden letzten Angeklagten wurde außerdem die dauernde Eidesunfähigkeit ausgesprochen.

Badisches Landestheater. „Silvia kauft sich einen Mann“, ein Spiel um Liebe und Dollars von Alexander Engel, das am heutigen Dienstag unter der Spielleitung Ulrichs von der Trend zu seiner Karlsruher Erstaufführung kommt, ist in den Hauptrollen mit den Damen Ermatz, Hoff (Silvia) und Schreiner — und den Herren Just, Müller, Prüter und Schulze besetzt. — Die erste Wiederholung findet am Samstag, dem 14. März, statt.

Die „Kellnerin“ Madame Karoly befindet sich zur Zeit in Karlsruhe, wo sie im Hotel Germania in privaten Kreisen experimentiert. In einem kleinen Kreis geladener Gäste gab sie dieser Tage Proben ihrer seltenen Begabung. Im hypnotischen Schlaf gab sie mit staunenswerter Präzision zunächst Auskunft über alle Gegenstände, die von den Teilnehmern in die Hand genommen wurden, und zwar, ohne daß ihr Manager eine Frage, in der die Antwort hätte liegen können, an sie stellte. Der Mann von Madame Karoly ist hohausagen der Sender des Gedankens und das Medium die Antenne, die jede Gedankenschwingung ihres Partners prompt registriert. Das zeigte sich besonders deutlich bei der Übertragung von vierstelligen Zahlen. Das verblüffendste aber zeigte das Paar bei der Nachforschung nach Vermissten. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, auf Zetteln die Namen von Personen, die verschollen sind, zu schreiben und dazu das Jahr, in dem die Vermissten zum letzten Mal gesehen wurden. Nachdem ihr Partner Einsicht von dem Geschriebenen genommen hat, sagt Frau Karoly sofort den Namen, der auf dem Zettel steht. Ferner nennt sie den Ort, wo der Vermisste zuletzt war, sie sagt auch, ob er tot ist und auf welche Weise er umgekommen ist. Die Stichproben haben ergeben, daß die von Frau Karoly gemachten Angaben genau stimmten. Es waren Einzelheiten, die nur denen bekannt sein konnten, die die Zettel geschrieben haben.

Bericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Nach der gestern vorübergehend eingetretenen Auflockerung schneit es heute wieder im ganzen Lande. Die Wetterlage hat sich noch nicht nennenswert geändert. — Voraussage: Fortdauer des bestehenden Bitterungscharakters.

Wasserstände: Waldshut 307 unverändert, Basel 120 — 14, Schusterinsel 190 — 2, Nehl 348 — 17, Marau 550 — 24, Mannheim 509 — 56, Caub über 200.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	10. März		9. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.24	168.58	168.31	168.65
Kopenhagen 100 Kr.	112.20	112.42	112.32	112.54
Italien .. 100 L.	21.98	22.02	22.02	22.06
London .. 1 Pfd.	20.383	20.423	20.398	20.438
New-York 1 D.	4.1960	4.2040	4.1990	4.2070
Paris .. 100 Fr.	16.422	16.462	16.435	16.475
Schwiz .. 100 Fr.	80.74	80.90	80.885	80.965
Wien 100 Schilling	58.97	59.09	59.02	59.14
Prag .. 100 Kr.	12.429	12.449	12.438	12.458

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. März 1931 hat sich in der verflorenen Viertelwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 283,2 Millionen auf 4144,8 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbanknoten um 37,9 Millionen auf 401,5 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 24,1 Millionen auf 2474,8 Millionen Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 51,6 Prozent in der Vorwoche auf 55,1 Prozent, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 55,3 auf 59,7 Prozent.

Aber das Ergebnis der Leipziger Wustermeße wird mitgeteilt: Das geschäftliche Ergebnis hat die vor der Messe gehegten Erwartungen übertroffen. Der Qualitätsbedarf hat einen neuen, großen Sieg erföhert, der vor allem in den günstigen Verkaufsergebnissen für Neubeiten aller Art zum Ausdruck kam. Bei allem Interesse an billigen Preisen hat sich allgemein das Bestreben gezeigt, das heute erreichte hohe

Niveau der deutschen Fertigwarenproduktion unter keinen Umständen wieder aufzugeben. In der ganzen Welt hat die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse den größten Eindruck von Deutschlands Schaffenskraft hervorgerufen und hat erneut die Überzeugung befestigt, daß das deutsche Volk durch alle Schwierigkeiten hindurch den Weg zur gesunden Entwicklung seiner produktiven Energien finden wird. Da die große Technische Messe und die Baume Messe noch fortbauern, kann der Gesamtbesuch der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse noch nicht abschließend beurteilt werden. Gerade für die nächsten Tage werden noch zahlreiche Einläuferinteressenten für Technik erwartet.

Basler Hafenanlegerverkehr. Der Februarverkehr in den Basler Hafenanlagen zeigt gegenüber dem Januar eine erneute Steigerung. Es wurden 70 657 Tonnen umgeschlagen, d. h. doppelt soviel wie im Februar des Vorjahres. Während die Berggüter eine Tonnageziffer von 66 259 erreichten, betrug die im Februar des Vorjahres nur 33 129. Der Gesamtverkehr in den beiden ersten Monaten des Jahres beläuft sich auf 134 741 Tonnen. Er übersteigt um 40 000 Tonnen denjenigen der gleichen Periode des Vorjahres.

Aluminium-Industrie-WG. in Neuhausen (Schweiz). Der Verwaltungsrat der Gesellschaft genehmigte den Abschluß für 1930 und beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, den Reingewinn in Höhe von 8 075 663 Schweizerfranken (i. U. 11 759 688 Schweizerfranken) durch Rückgriff auf den Reservefonds um 1,8 Mill. Schweizerfranken zu erhöhen und eine Dividende von wieder 15 Prozent zu verteilen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Fortdauer des Schneefalls im Schwarzwald. Freiburg, 10. März. (Tel.). Der Schneefall hält immer noch an. Auch in der Rheinebene gingen große Schneemengen nieder und führten zu Verkehrserschwerungen. Die Telegraphenmasten stehen auf den Höhenzügen des Schwarzwaldes derart tief im Schnee, daß man mit den Händen die Telegraphendrähte erreichen kann. Autoverkehr im Schwarzwald ist unmöglich.

Auch in der Schweiz sind sehr starke Schneefälle zu verzeichnen. Eine ganze Reihe von Strecken der Schweizer Bundesbahn und der Privatbahnen leidet unter umfangreichen Unterbrechungen des Betriebes, insbesondere auch durch die ständig zunehmende Lawinengefahr. Die internationalen Flüge, die die Alpen zu überwinden haben, treffen in Basel mit mehr als ein- und zweistündiger Verspätung ein.

### Bürkle-Prozess in Freiburg

Die Sachverständigenuntersuchung. Freiburg i. Br., 9. März. Der erste Tag der dritten Verhandlungswoche im Bürkle-Prozess war mit Gutachten der beiden Sachverständigen ausgefüllt. Konkursverwalter Baumann gab das Gutachten über die Bürkle-Bank, die fremdes Kapital an sich genommen, und in einer Art Gesellschaft habe, die nicht mit der Wirtschaftslehre für das Bankgewerbe in Einklang zu bringen sei.

Der Sachverständige Bankdirektor a. D. Nebel erklärte, der Stand der Bank sei im Anfang gut gewesen, aber es wurden ungläubliche Spekulationen getrieben, die schließlich zum Zusammenbruch führten. Bei einigen 100 000 M. Vermögen waren einmal rund für 4 Millionen Engagements vorhanden. Mit den Effektenkrediten ging die Bank zu weit, bevor sie doch allein durch die eigenen Beamten des Betriebes 200 000 Reichsmark. Bei der Konkursöffnung betrug die Schuld der Inhaber an die Bank 600 000 M., bei Herling und 175 000

Reichsmark bei Bürkle. Die Zinsen, die gemährt wurden, lagen über dem Durchschnitt. Lieber erhielt 10 Proz. Es wurden aber 12 Proz. gebucht. Diese 2 Proz. wurden den Privatbanken, von Bürkle und Herling in Basel aufgeschrieben. Die Verflechtungen betragen zusammen 800 000 M. zu Lasten des Bankgeschäftes. Die Verträge mit Lieber hätten niemals eine Sanierung der Bank möglich gemacht, denn die Unterbilanz von zwei Millionen Reichsmark war viel zu hoch. Es sei angegeben worden, im Jahre 1930 habe man 600 000 M. verdient, aber das Gegenteil sei der Fall gewesen.

Freiburg, 10. März. (Tel.). Zu Beginn der heutigen Verhandlung wurden nochmals die Rechtsverhältnisse des Lieber-Vertrages erörtert, wobei festgestellt wurde, daß zwischen fremden Effekten im Lieber-Depot und seinen eigenen Papieren kein Unterschied gemacht wurde. — Herling erklärte zur Frage seines übermäßigen Aufwandes, daß davon keine Rede sein könne. 211 000 M. der ihm belastenden Beträge seien aufgerechnete Zinsen. Die Verzinsung in Höhe von 97 000 M. sei durchaus normal, da der Privatbankier 5—10 Proz. seines Anlagekapitals für Versicherungen auszugeben pflege. Seine Privatentnahmen hätten höchstens 2000—2500 M. betragen im Monat. — Der Sachverständige Nebel erklärte, daß bei der Konkursöffnung für 2,5 Millionen Reichsmark Aktien nicht mehr vorhanden waren. Von diesen waren 600 000 M. befreit, der Rest unbefreit.

Mannheim, 10. März. Seit Jahren schon wurden in den Räumen des Mannheimer Gerichtsgebäudes rätselhaft Diebstähle ausgeführt. Der Täter hatte es meist auf Bargeld abgesehen, das er in einem unbewachten Augenblick aus der Zwickelung der Richter in den Büroräumen stahl. Es ist nunmehr gelungen, den Dieb in der Person des seit 6 Jahren im Dienst stehenden Aufsichtswachmeisters Heinrich Reiter zu ertappen. Er ist geständig.

Baden, 8. März. Bürgermeister Christian Koch vollendete am Freitag sein 50. Lebensjahr.

Reckart, 9. März. Das Städtchen Reckart hat dieser Tage Abschied von der Kettenfahrbahn genommen, die seit einem halben Jahrhundert dem Reckart das Gepräge gegeben hat. Der Kettenfahrbahn ist am Donnerstag zum letzten Male durch die jetzt fertiggestellte Stauffe gefahren. Er wird allerdings noch einige Zeit oberhalb von Reckart weiterfahren.

Baden-Baden, 9. März. Charlie Chaplin, der heute in Berlin eingetroffen ist, bezi auch die Absicht, Baden-Baden einen Besuch abzustatten.

Gernsbach, 9. März. Der Neuschnee bildet, besonders im oberen Nurgtal, ein großes Verkehrshindernis. Etliche Lastwagen, die über Schönmünzach hinaus wollten, mußten umkehren, da sich die Unmöglichkeit zeigte, auf den Straßen durchzukommen. Auch verschiedene Unglücksfälle haben sich ereignet.

Freiburg, 9. März. Große Scharen von Zugvögeln, die durch den Schneefall und die winterliche Kälte ihren Flug nach Norddeutschland nicht fortsetzen konnten, hatten sich in den Gärten, Feldern und Wäldern von Freiburg und Umgebung auf. Die Vögel sind meist ermattet und haben sehr unter Futtermangel zu leiden. Viele tote Vögel, besonders Krähen, werden in den Gärten und Wäldern aufgefunden.

Säckingen, 9. März. Das alljährlich stattfindende Frühfest zu Ehren des Schutzpatrons von Säckingen, des hl. Fridolin, hatte am Sonntag schwer unter dem Schnee zu leiden, so daß die große Prozession überhaupt nicht abgehalten werden konnte.

## Staatsanzeiger

Kosbrief-Vertrieb. Dem Nationalen Mädchenhuthverein für Baden in München wurde die Erlaubnis zum Kosbriefvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 6. März 1931.

Der Minister des Innern  
J. Wittmann

### Bekanntmachung.

### Sammlung.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V. die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit den katholischen Fürsorgevereinen und der katholischen Jugendpflege zugunsten der Kinder- und Jugendfürsorge am Sonntag, 28. Juli 1931, eine Geldsammlung auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in der Zeit vom 26. Juli bis einschließlich 1. August 1931 eine Geldsammlung von Haus zu Haus im Lande Baden zu veranstalten.

Karlsruhe, den 9. März 1931.

Der Minister des Innern  
J. Wittmann.

## Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zuruberetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernennung: Gewerbeschulassessor Dipl.-Ing. Dr. Richard Krieger zum Regierungsrat beim Landesgewerbeamt in Karlsruhe; Kriminalsekretär Emil Müller in Mannheim zum Kriminalkommissar.

Planmäßig angestellt: Wachtmeister Karl Friedrich Berber beim Oberverwaltungsamt in Konstanz.

Veretzt: Polizeioberleutnant Ludwig Stolz von Mannheim nach Pforzheim; Oberrevisor Erwin Probst beim Bezirksamt Rorschach zu jenem in Baden; Oberwachmeister Hermann Schäfer beim Bezirksamt Mosbach zu jenem in Emmendingen.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Gendarmerielinienkommissar Wendelin Herz in Mannheim.

Zur Ruhe gesetzt: Die Oberpfleger Karl Doll an der Heil- und Pflegeanstalt Illenau und Philipp Augenstein an der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen, sowie die Oberpflegerin Katharina Junst an der Heil- und Pflegeanstalt Illenau.

Abertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes: Erster Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Josef Wohlfarth in Offenburg; Veterinärarzt als Bezirksarzt Albert Hirschholzer in Engen; Oberpflegerin Christine Zimmermann an der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Geftorben: Verwaltungsassistent Friedrich Gartin beim Bezirksamt Wolfach.

Überlingen. Im Konkurs über das Vermögen des Landwirts Otto Möhrle in Bimpach soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind 4360 M. verfügbar. Zu berücksichtigen sind 471,87 M. in beschränkter u. 9975,94 M. mit wenig Forsten, in 7 Losen. Lösungsverhältnisse mit Zahlungsbedingungen durch das Forstamt. Angebot in Prozenten der Landesgrundpreise. R.340

Überlingen, 9. März 1931.  
Der Verwalter:  
Fritz Mangold.

### Karlsruhe. N.504

### Güterrechtsregisterinträge

1. Zu Band II S. 58: Oech, Otto Fridolin, Bierführer, Karlsruhe, u. Marie geb. Kanz. Vertrag vom 18. Dezember 1930. Erbgemeinschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 2. III. 31.

2. Zu Band X S. 308: Förster, Friedrich Wilhelm, Kaufmann, Karlsruhe, u. Marie geb. Will. Vertrag vom 24. November 1930. Unter Aufhebung des bisherigen Güterrechts, Gütertrennung. 2. III. 31.

3. Zu Band II Seite 59: Frey, Wilhelm, Elektromonteur, Morsch., u. Marianne geb. Rieff. Vertrag vom 16. Februar 1931. Gütertrennung. 4. III. 31.

4. Seite 61: Fetter, Friedrich, Kaufmann, Karlsruhe, und Sofie geb. Mayer. Vertrag vom 24. Februar 1931. Gütertrennung. 5. III. 31.

### Amtsgericht Karlsruhe.

### Karlsruhe. N.505.

### Bereinsregistereinträge.

1. Bund Deutscher Obstschneidereien, Karlsruhe. 8. III. 31.

2. Arbeiter-Sportverein Oagsfeld in Oagsfeld. 4. III. 31.

### Amtsgericht Karlsruhe.

### Freihändiger Kadelrundholzverkauf.

des Badischen Forstamts Stodach Mittwoch, 18. März d. J. Etwa 2000 Fhm. Fichtenstämme und Abschnitte I. bis V. Kl., mit wenig Forsten, in 7 Losen. Lösungsverhältnisse mit Zahlungsbedingungen durch das Forstamt. Angebot in Prozenten der Landesgrundpreise. R.340



### Badisches Landestheater

Mittwoch, 11. März 1931

### Sondervorstellung für die Volkshöhne

### Die Dreigroschenoper

Von Brecht

Musik von Weill

Am Flügel: Keilberth

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Bertram, Ermarth, Janz,

Rademacher, Brand, Graf,

J. Gröbinger, Verz. Hospach,

Kainbach, Kloebe, Rehner,

Müller, Krüger, Schulze,

u. d. Trend

Anfang 20 Ende geg. 23

3071 184 6261 58 9091 197 12654 52

3208 144 6316 6 9116 171 12784 101

3216 34 6359 192 9185 100 12800 136

3364 40 6446 174 9191 53 12819 16

3425 78 6520 181 9194 193 12853 176

3433 8 6569 141 9305 145 12874 17

3477 83 6595 132 9439 10 12885 5

Poste, die gewonnen haben, sind an das Bürgermeisteramt Einschiebung a. E. einzusenden, worauf die Zusendung des Gewinnes erfolgt.

### Ziehungslifte der Ginsheimer Zohlen-Lotterie

anlässlich des 28. Zohlen- und Pferdemarktes der unterbadischen Pferde- und Gesessenschaften am 5. März 1931.

Los-Nr.	Gew.-Nr.	Los-Nr.	Gew.-Nr.	Los-Nr.	Gew.-Nr.	Los-Nr.	Gew.-Nr.
111	131	3574	189	6616	32	9443	149
168	154	3899	121	6645	92	9446	90
171	155	4062	37	6736	126	9469	191
310	159	4082	81	6791	41	9480	163
428	195	4083	117	6819	12	9486	87
515	28	4124	104	6829	21	9595	112
731	51	4297	15	6881	194	9609	124
735	9	4455	161	6905	3	9651	20
785	135	4483	48	6910	13	9659	54
859	119	4488	113	6977	110	9677	173
1095	118	4570	64	7185	108	9693	85
1171	80	4537	93	7192	73	9695	119
1182	103	4670	190	7318	61	9741	123
1277	125	4713	164	7430	30	9805	23
1323	152	4762	111	7464	148	9825	69
1420	94	4831	128	7486	1	9838	137
1586	199	4879	65	7647	177	10164	109
1659	47	5026	96	7705	79	10178	98
1717	167	5149	11	7728	91	10181	143
1722	114	5180	187	7739	46	10196	72
1763	153	5202	169	7744	160	10476	182
1879	146	5266	86	7751	31	10553	63
1904	140	5269	42	7797	188	10769	116
2035	2	5273	183	7829	44	10799	29
2088	155	5358	27	7840	71	11204	50
2183	22	5389	175	7911	157	11285	57
2204	142	5487	33	7949	43	11341	130
2208	89	5539	151	7951	75	11440	120
2285	95	5695	166	7986	134	11697	129
2286	106	5703	139	8038	178	11875	66
2310	38	5777	67	8045	115	12009	88
2351	200	5787	68	8994	69	12045	123
2499	24	5794	107	8136	179	12063	186
2490	70	5883	138	8147	56	12214	97
2482	147	5901	4	8196	133	12231	14
2518	99	5924	127	8260	185	12238	74
2573	64	5934	172	8278	170	12264	60
2663	158	6112	26	8382	49	12270	105
2768	102	6174	198	8359	156	12274	77
2856	25	6188	62	8681	76	12277	168
3034	35	6193	150	8797	45	12359	162
3059	82	6196	180	9071	39	12438	165
3071	184	6261	58	9091	197	12654	52
3208	144	6316	6	9116	171	12784	101
3216	34	6359	192	9185	100	12800	136
3364	40	6446	174	9191	53	12819	16
3425	78	6520	181	9194	193	12853	176
3433	8	6569	141	9305	145	12874	17
3477	83	6595	132	9439	10	12885	5

Poste, die gewonnen haben, sind an das Bürgermeisteramt Einschiebung a. E. einzusenden, worauf die Zusendung des Gewinnes erfolgt.

### Auszug aus der amtlichen Gewinnliste der 3. Geldlotterie zugunsten des XI. Turnfestes Schwaben.

Bei der am 26. Februar 1931 stattgefundenen Ziehung wurden von den in Baden genehmigten Losen nachstehende Nummern mit den dabei bemerkten Gewinnbeträgen gezogen: A. Gewinn: von 5 bis 2000 Mark: 7888 (5), 7879 (20), 7883 (5), 16227 (5), 16227 (20), 20284 (5), 20285 (10), 33134 (10), 33135 (20), 33889 (5), 33899 (20), 40115 (5), 40168 (10), 40336 (5), 46308 (20), 46344 (20). B. Gemäßliche Nummern mit nachstehenden Einzahlungen gewinnen je 2 Mark: 008, 024, 088, 094, 095, 176, 227, 231, 279, 297, 316, 349, 378, 381, 427, 520, 522, 531, 547, 548, 598, 634, 639, 641, 730, 737, 745, 749, 768, 797, 822, 827, 947, 957; ferner gewinnt folgende Nummer 2 Mark: 40364. Die Auszahlung erfolgt durch Eberhard Jetzer, Karlsruhe i. B., Kreuzstr. 28

Wir werben für Sie!

### Öffentliche Verbandspartasse Langenbrüden

Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen:		Verbindlichkeiten:	
Nr.	26	Nr.	26
1. Kassenbestand	19 419,03	1. Spareinlagen	1 061 608,60
2. Postfisch u. Reichsbankguthaben	2 612,12	2. Aufwertungs-spareinlagen	189 330,27
3. Einlage beim Spargiroverband	23 600,—	3. Giroeinlagen	99 190,28
4. Wechsel	21 967,87	4. Anlehens- und andere Schulden	10 954,16
5. Darlehen a. Hypotheken	700 031,51	5. Rücklagen:	
6. Darlehen a. Schuldschein	238 976,42	a) gesetzl. Reservefonds	48 524,75
7. Darlehen an Gemeinden	100 300,—	b) Sonderrücklagen	20 786,44
8. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	134 965,20	c) Reingewinn 1930	24 311,20
9. Aufwertungsforforderungen	102 817,30		
10. Aufwertungsverrechnungsfondo	86 512,97		
11. Einnahmerückstände	24 602,18		
12. Durchlaufende Posten	899,30		
13. Grundstücke	1,—		
14. Gerätschaften	1,—		
	1 454 705,70		1 454 705,70

### Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 1 160 798,88 M. = 58 039,90 M.  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 72 835,26 M.  
Somit mehr = 14 796,06 M.

Langenbrüden, den 28. Februar 1931.  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Ruhn, Bürgermeister.  
Geschäftsführer: Didachez.